



ÖFFENTLICHER DIENST

Was unsere Beamten wert sind

Es ist höchste Zeit, eine Lanze für das Berufsbeamtentum zu brechen. Anschauungsmaterial darüber, welches Glück die Deutschen mit ihrem öffentlichen Dienst haben, liefert der britische „Economist“: Unter dem Titel „Die bevorstehende Schlacht“ analysiert er die seit Jahren ungebändigten Ansprüche der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst vieler Industriestaaten, die Privilegien reichen von der Möglichkeit, an 40 von jährlich 200 Werktagen nach Belieben freizunehmen, bis zu einer Pensionsberechtigung bereits mit 33 Jahren. Dass wie hierzulande für den Großteil der Staatsbediensteten eine Anhebung des Ruhestandsalters auf 67 Jahre beschlossene Sache ist, sucht dagegen international seinesgleichen. Auch das Vorurteil vom aufgeblähten deutschen Beamtenapparat ist realitätsfern: Dem Ifo-Institut zufolge ist der öffentliche Dienst in Deutschland, gemessen an der Gesamtwirtschaft, einer der kleinsten im internationalen Vergleich, signifikant kleiner als in Großbritannien und den USA.

Der wichtigste Grund dafür ist das deutsche Berufsbeamtentum. Es sorgt dafür, dass der Staat in Tarifkonflikten allenfalls begrenzt erpressbar ist. Andernorts schließen streikbedingt Schulen oder Sozialbehörden, geraten Politiker als Arbeitgeber schnell unter Druck, den Forderungen der zuständigen Gewerkschaften nachzugeben. Nicht so in Deutschland. Der Vergleich mit der Privatwirtschaft bringt es auf den Punkt: Während umstritten ist, ob sich Unternehmen bei Streiks die Hilfe von Zeitarbeitern holen dürfen, hält sich der Staat mit den Beamten ein qualifiziertes Reserveheer potenzieller Streikbrecher, das allerdings auch in friedlichen Zeiten erstaunlich effizient ausgelastet ist.

Wer über die Pensionslasten für deutsche Beamte klagt, müsste die durch eine bemerkenswert moderate Tarifpolitik im öffentlichen Dienst erzielten Einsparungen gegenrechnen. Wären die Gehälter im öffentlichen Dienst in den vergangenen zehn Jahren genauso schnell gestiegen wie in der Industrie, dann müssten Bund, Länder und Kommunen heute jährlich etwa 20 Milliarden Euro mehr für ihr Personal bezahlen. Da versteht man, warum Verdi-Chef Bsirske das Streikverbot für Beamte gerne abschaffen würde. Welch unbändige Kraft organisierte Berufseliten entfalten, zeigt sich dort, wo im Zuge von (Teil-)Privatisierungen Beamte als Streikbrecher nicht mehr zur Verfügung stehen wie bei der Bahn oder Flugsicherung.

Was folgt daraus? Erstens: Eine Vielfalt von Gewerkschaften ist nur dort erträglich, wo Beamte als Eingreifreserve zur Verfügung stehen. Andernfalls ist die Tarifeinheit unverzichtbar. Und zweitens: Die Deutschen zahlen mit ein paar sogenannten Privilegien einen sehr moderaten Preis für ein Streikverbot, das sie vor Milliardenkosten eines völlig aus dem Ruder laufenden öffentlichen Dienstes schützt. Die wachsenden Pensionslasten werden für die öffentlichen Kassen erst dann zu einem Problem, wenn die Haushaltspolitik keine Vorsorge dafür trifft.